



---

## Aktueller Begriff - Europa

### Programm der irischen Ratspräsidentschaft der EU

---

Am 1. Januar 2013 hat Irland zum siebten Mal seit dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union (EU) im Jahre 1973 die halbjährige Ratspräsidentschaft übernommen. Nach dem Wunsch der Iren soll der Ratsvorsitz diesmal der eines Landes im Wiederaufschwung sein, das nun den Wiederaufschwung Europas vorantreibt. Das Programm trägt daher den Titel „Für Stabilität, Arbeitsplätze und Wachstum“ und umfasst drei Schlüsselbereiche:

Um einen **nachhaltigen Wiederaufschwung mit Blick auf die Menschen** in Europa zu erreichen, möchte Irland Wirtschaftswachstum schaffen, das zu Arbeitsplätzen führt. Der eingeschlagene Kurs einer wirtschaftlichen Ordnungspolitik der EU soll fortgesetzt werden. Daher betrachtet Irland ein effizientes Management des dritten Zyklus des **Europäischen Semesters** auf der Grundlage der Erkenntnisse der beiden bisherigen Semester als einen wichtigen Schwerpunkt seines Vorsitzes. Die Ratspräsidentschaft möchte in einem zügigen und integrativen Prozess sicherstellen, dass die Resultate des am 29. November 2012 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Jahreswachstumsberichts ausführlich in den verschiedenen Ratsformationen diskutiert werden und dabei die Aufmerksamkeit der Mitgliedstaaten auf diejenigen Schlüsselmaßnahmen lenken, welche den wirtschaftlichen Wiederaufschwung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU unterstützen.

Weitere Schwerpunkte in diesem Schlüsselbereich sind die **Bankenunion** und die **Finanzmarktregulierung**. Die Ratspräsidentschaft hält die von den Regierungschefs der EU am 29. Juni 2012 beschlossene Entkoppelung von Finanzsektor und Staat zur Wiederherstellung des Vertrauens in den europäischen Finanzsektor für unabdingbar und will alle Anstrengungen unternehmen, um eine Einigung über die Bankenunion zu erzielen. Grundlage soll der vorgeschlagene **Einheitliche Aufsichtsmechanismus** sein. Darüber hinaus ist Irland an einer **direkten Rekapitalisierung von Banken** durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gelegen, zumal das Land selbst bisher 64 Milliarden Euro und damit rund 40 Prozent seines jährlichen Bruttoinlandsproduktes aufwenden musste, um irische Banken zu stützen. Die Finanzmarktregulierung möchte der Ratsvorsitz dort straffen, wo es zweckmäßig erscheint, um die Interessen von Verbrauchern und Investoren besser zu schützen und die Wiederholung vergangener Fehler zu vermeiden.

Einen weiteren Schwerpunkt des irischen Ratsvorsitzes wird die **Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit** in der EU sein. Irland möchte das Entstehen einer „verlorenen Generation“ von Europäern verhindern und will entscheidende Fortschritte bei den Verhandlungen zum **Beschäftigungspaket für junge Menschen** erzielen, mit dem die Kommission den Mitgliedsstaaten empfiehlt, eine **Jugendgarantie** einzuführen, die allen unter 25-Jährigen innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer formalen Ausbildung oder nach Verlust ihres Arbeitsplatzes den Erhalt eines guten Angebots für eine Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsstelle bzw. für eine Weiterbildung garantiert.

---

Nr. 01/13 (22. Januar 2013)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit wird darüber hinaus ein Schwerpunkt des **informalen Treffens der Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik** im Februar 2013 in Dublin sein.

Der zweite Schlüsselbereich der irischen Ratspräsidentschaft ist die **Investition in beschäftigungsfreundliches Wachstum und in Europas Ressourcen**. Irland möchte die noch ausstehenden Punkte der **Binnenmarktakte I** abarbeiten und die prioritären Punkte der **Binnenmarktakte II** vorantreiben. Besonderes Augenmerk legt der Ratsvorsitz auf die Umsetzung des vollen Potenzials des **digitalen Binnenmarktes** in Europa. In den verschiedenen Ratsformationen soll daher an Fortschritten bei den Themen Netzsicherheit, Elektronische Unterschrift und Identität, Datenschutz, Ausbau des Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzes und Netzzugang gearbeitet werden. Ferner will sich die irische Ratspräsidentschaft besonders für **Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU)** einsetzen. Im Mai wird der Ratsvorsitz ein informelles Treffen der für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Minister zum Thema „KMU als Motor des Wachstums in Europa“ ausrichten. Themen des Treffens werden der Zugang zu Finanzmitteln, die Förderung von Unternehmertum in Europa und globale Chancen für KMU sein. Darüber hinaus ist für Irland eine Einigung über die Vorschläge der Kommission zum neuen Programm für Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME) prioritär, mit dem der Zugang zu Unterstützungen im Bereich Forschung und Innovation verbessert werden soll.

Der **Haushalt der EU** dient aus Sicht des irischen Ratsvorsitzes zur Finanzierung der Wiederbelebung von Wachstum, Investitionen und Beschäftigung und soll Europa wettbewerbsfähiger machen. Irland hält es daher für dringend notwendig, eine Einigung über den **Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)** für die Haushaltsjahre 2014 bis 2020 zu erreichen und betrachtet sich als Beispiel dafür, dass intelligent eingesetzte **Strukturfondsmittel** eine nachhaltige Entwicklung in einem Mitgliedsstaat fördern können. Der irische Ratsvorsitz sieht darüber hinaus keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen den im EU-Haushalt vorgesehenen **Agrarausgaben** und einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Union.

Als dritten Schlüsselbereich betrachtet die irische Ratspräsidentschaft die **Beziehung Europas zum Rest der Welt**. Irland möchte hier vor allem die **bilateralen Handelsabkommen** mit Kanada und Singapur zum Abschluss bringen. Außerdem ist der Ratsvorsitz bestrebt, Fortschritte bei den Verhandlungen über ein **Freihandelsabkommen** mit Japan, Indien und anderen strategischen Partnern zu erzielen und die Handelsbeziehungen zwischen der EU und China zu verbessern. Einen besonderen Schwerpunkt legt der irische Vorsitz auf die **Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA**. Ziel Irlands ist es, ein formelles Mandat durch den Rat zu erreichen, die Verhandlungen für ein neues und umfassendes Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA aufzunehmen.

Die irische Präsidentschaft wird darüber hinaus die letzten Vorbereitungen für den **Beitritt Kroatiens** zur EU am 1. Juli 2013 treffen. Der Ratsvorsitz will auch die laufenden **Beitrittsverhandlungen** mit **Island** und **Montenegro** vorantreiben und sich bemühen, die Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei** wieder in Schwung zu bringen. Weitere Fortschritte **Serbiens, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien** und **Albaniens** in Richtung EU sollen während der irischen Ratspräsidentschaft angestrebt werden.

Quelle:

- Programm der irischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union, online abrufbar: [http://www.eu2013.ie/media/eupresidency/content/documents/EU-Pres\\_Prog\\_GERMAN\\_A4.pdf](http://www.eu2013.ie/media/eupresidency/content/documents/EU-Pres_Prog_GERMAN_A4.pdf) (Stand: 14. Januar 2013).